



27 juni 2025

Brüssel, Kassationshof

Die ersten Präsidenten des Kassationshofes, der Appellationshöfe und der Arbeitsgerichtshöfe,
Der Generalprokurator beim Kassationshof, die Generalprokuratoren bei den Appellationshöfen und der Föderalprokurator,

ERKLÄRUNG DER VERTRETER DER JUDIKATIVE

UND

APPELL AN DIE EXEKUTIVE UND DIE LEGISLATIVE



1. Ein **effizienter Rechtsstaat** braucht stabile Institutionen, die unter allen Umständen einwandfrei funktionieren, sowohl in guten Zeiten als auch in Krisensituationen, in denen das Bedürfnis nach Sicherheit und wirksamer Rechtsdurchsetzung sowohl für die Bürger als auch für die Behörden hoch ist. Ein **unabhängiges und hochwertiges Justizsystem** ist ein Allgemeingut. Es bildet die Grundlage für sozialen Frieden, Sicherheit und wirtschaftliches und soziales Wohlergehen.

2. Die Bedeutung dieser Botschaft für die Gesellschaft wurde bereits mehrfach hervorgehoben:

- Bereits seit zehn Jahren wird **am 20. März, dem Tag der Justiz**, die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer unabhängigen, zugänglichen und effizienten Justiz gelenkt, und zwar nicht als Privileg, sondern als Grundvoraussetzung für die Sicherung des sozialen Friedens und des Vertrauens der Bürger.¹
- Am 19. Juni 2024 gab der **Hohe Justizrat** konkrete Empfehlungen zur Stärkung des Rechtsstaates und zur Optimierung des Dienstes am Bürger ab.²
- Im Juli 2024 warnte der **Kassationshof in einem gemeinsamen Memorandum mit dem Verfassungsgerichtshof und dem Staatsrat**, dass die Achtung und Stärkung des Rechtsstaates notwendig denn je sei und dass jeder Angriff auf ihn im Interesse der Gesellschaft bekämpft werden müsse.³
- In der Eröffnungsrede („Mercuriale“) des **Generalprokurators beim Kassationshof** zur Eröffnung des Gerichtsjahres 2024-2025 wurde für einen konstruktiven Dialog zwischen den drei Staatsgewalten als notwendige Voraussetzung für einen widerstandsfähigen Rechtsstaat plädiert.⁴
- Das **Kollegium der Gerichtshöfe und Gerichte** stellte in seinem Bericht vom 20. Februar 2024 über die Zuweisung von Humanressourcen auf der Grundlage einer objektiven Arbeitsbelastungsmessung fest, dass der Anteil der Richter erheblich erhöht werden müsse, damit die Gerichte normal arbeiten können, d. h. damit die Streitfälle innerhalb einer angemessenen Frist bearbeitet werden können und es nicht zu einem Rückstand bei den Gerichtsverfahren kommt.⁵
- In seinem Weißbuch vom Mai 2024 prangerte das **Kollegium der Staatsanwaltschaft** die permanente Unterfinanzierung der belgischen Justiz im Vergleich zu den in vielen europäischen Ländern zugewiesenen Budgets an.⁶
- Am 5. Juni 2025 richteten die fünfzehn **Prokuratoren des Königs** einen offenen Brief an den Premierminister und die Justizministerin: Die Staatsanwaltschaften leiden unter akutem Personalmangel aufgrund veralteter Kader und mangelnder Attraktivität gerichtlicher Laufbahnen. Die Arbeitsüberlastung zwingt zu schmerzhaften Entscheidungen, welche Fälle bearbeitet oder aufgegeben werden sollen, da es an personellen und logistischen Mitteln mangelt. Die Gebäude sind häufig ungesund und gefährlich. Der digitale Übergang wird immer wieder verzögert. Schließlich ist die Sicherheit des Justizpersonals angesichts der zunehmenden Bedrohungen nicht mehr gewährleistet.⁷

¹ <https://www.justice-en-ligne.be/La-Journee-de-la-Justice-2025-une>

² <https://csi.be/fr/actualites/2024/memorandum-au-formateur-du-prochain-gouvernement-federal>

³ https://www.cass.be/pdf/M%C3%A9morandum_commun_2024FR.pdf

⁴ <https://www.cass.be/pdf/Mercuriales/FR/2024.pdf>

⁵ <https://coursettribunaux.be/sites/default/files/media/col/publications/amai240220/fr/rapport-final-mesure-de-charge-de-travail-20-02-2024.pdf>

⁶ <https://www.om-mp.be/fr/propos-mp/mission-vision-valeurs>

⁷ <https://www.om-mp.be/fr/article/lettre-ouverte-lensemble-procureurs-du-roi-lattention-du-gouvernement-federal>

- Die **Europäische Kommission** fordert Belgien regelmäßig auf, die Haushaltslage seiner Justiz zu verbessern.⁸

3. Die jüngsten Unmutsäußerungen von Richtern und Staatsanwälten in allen Teilen des Landes **dienen nicht ihrem eigenen Interesse**, sondern dem Interesse des Rechtsstaats und des Bürgers, die beide eine starke und unabhängige Justiz brauchen, in der kompetente Richter und Staatsanwälte gegen Verletzungen der Rechte und Freiheiten der Bürger vorgehen und den Schutz der höheren Interessen der Gesellschaft gewährleisten.

Der Staat hat die Pflicht, diese Werte zu garantieren, indem er den Status der Justiz als Staatsgewalt, den die Verfassung ihr zuerkennt, uneingeschränkt anerkennt und die Justiz so finanziert, dass jedes Gericht in der Lage ist, innerhalb einer angemessenen Frist hochwertige Gerichtsentscheidungen zu fällen. Jede Verletzung dieser Pflicht kann in der Tat zu einer Schwächung des Rechtsstaats führen, von der jeder einzelne Bürger betroffen ist.

AUS DIESEN GRÜNDEN,

DIE ERSTEN PRÄSIDENTEN DES KASSATIONSHOFES, DER APPELLATIONSHÖFE UND DER ARBEITSGERICHTSHÖFE, DER GENERALPROKURATOR BEIM KASSATIONSHOF, DIE GENERALPROKURATOREN BEI DEN APPELLATIONSHÖFEN UND DER FÖDERALPROKURATOR,

Im Interesse der Gesellschaft,

rufen die Föderalregierung und die Abgeordnetenkammer dazu auf, die Richterliche Gewalt voll und ganz als **Staatsgewalt** anzuerkennen, indem sie nicht nur ihren verfassungsmäßigen Status respektieren, **sondern ihr auch die notwendigen Finanzmittel** zur Verfügung stellen, damit im Interesse der Rechtssuchenden eine hochwertige Rechtsprechung gewährleistet ist

Diese Anerkennung und Finanzierung beinhalten folgende Maßnahmen:

STATUS, WOHLBEFINDEN AM ARBEITSPLATZ UND SICHERHEIT

- Die **gesellschaftliche Rolle von Richtern und Staatsanwälten** durch eine Aufwertung ihres **Status**, einschließlich des Rentensystems, aber auch durch die Attraktivitätssteigerung aller unterstützenden juristischen und administrativen Funktionen innerhalb der Justiz uneingeschränkt anerkennen.
- Dem **Wohlbefinden am Arbeitsplatz** dringend mehr Aufmerksamkeit schenken, indem die notwendigen Instandhaltungs- oder Renovierungsarbeiten in allen Justizgebäuden durchgeführt werden und die **Sicherheit** aller Justizbediensteten bei der Ausübung ihres Berufs gewährleistet wird.

FINANZIERUNG UND PERSONALKADER

- Im Interesse eines **schnellen und qualitativ hochwertigen Rechtsschutzes der Bürger** alle gesetzlichen und ordnungsmässigen **Kader** für Magistrate, Referente/Juristen, Greffiers/Sekretäre bei der Staatsanwaltschaft und andere Mitglieder des Justizpersonals ausfüllen,

⁸ https://commission.europa.eu/document/download/ac09a9ad-63c4-4c65-bf36-d032b605a015_fr?filename=8_1_58050_coun_chap_belgium_fr.pdf

wenn die Justizbehörden dies verlangen, und sie erweitern, wenn die Messung der Arbeitsbelastung dies als notwendig erscheinen lässt.

DIGITALISIERUNG

- Die Investierung in die Gerichtsinformatik und die **Digitalisierung** von Entscheidungen, Akten und Verfahren fortsetzen.

RECHTSSTAATLICHKEIT

- Mittel für die **effektive Vollstreckung aller gerichtlichen Entscheidungen** freigeben: Dabei geht es nicht nur um die effektive Vollstreckung von Gefängnisstrafen, sondern auch um die konkrete Umsetzung Gerichtsentscheidungen zu Wiedergutmachungen und alternativer Maßnahmen, um Untersuchungshandlungen (Gutachten, Übersetzungen) und um die effektive und angemessene Betreuung von Menschen mit psychischen Störungen, Jugendlichen in Schwierigkeiten und Asylbewerbern.

DIALOG

- Bereitschaft zu einem ehrlichen Dialog zwischen den Staatsgewalten zeigen, indem den Vertretern der Justiz im Rahmen dieser Erklärung, neben der bereits bewährten konstruktiven Haltung des Justizministers und des Vorsitzenden des Justizausschusses der Abgeordnetenkammer, auch ein Gespräch mit dem Premierminister (**Exekutive**) und **andererseits dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer (Legislative)** gewährt wird.
- Entschlossen weiterhin am Dialog zwischen den drei Staatsgewalten teilnehmen, der vom Hohen Justizrat initiiert wurde.
- Mit mutigen und damit auch haushaltspolitischen verbundenen Entscheidungen, die Ergebnisse der „Taskforces Justiz“, die der Justizminister auf Ersuchen des Kollegiums der Gerichtshöfe und Gerichte und des Kollegiums der Staatsanwaltschaft sowie des Kassationhofes eingerichtet hat, tatsächlich unterstützen und umsetzen.
- Dieser Dialog muss dazu führen, dass die Justiz wieder Perspektiven erhält, dass die jahrzehntelange Vernachlässigung eindeutig beendet wird, mit dem Engagement der drei Staatsgewalten, und dass durch eine substanzielle Aufstockung der Mittel und konkrete Pläne für die jeweiligen Problembereiche eine hochwertige Justiz für die Zukunft gewährleistet wird.

Gegeben zu Brüssel, beim Kassationshof, am 27. Juni 2025

Eric de Formanoir

Erster Präsident des Kassationshofes

Ria Mortier

Generalprokurator beim Kassationshof

Laurence Massart

Erster Präsident des Appellationshofes Brüssel

Bart Willocx

Erster Präsident des Appellationshofes Antwerpen

Evelyne Lahaye

Erster Präsident des Appellationshofes Lüttich

Michel Oosterlinck

Erster Präsident des Appellationshofes Gent

Philippe Morandini

Erster Präsident des Appellationshofes von Mons

Gaby Van den Bossche

Erster Präsident des Arbeitsgerichtshofes Brüssel

Katrin Stangherlin

Erste Präsidentin des Arbeitsgerichtshofes Lüttich

Dirk Torfs

Erster Präsident des Arbeitsgerichtshofes Antwerpen

Vincent Dooms

Erster Präsident des Arbeitsgerichtshofes Gent

Philippe Lecocq

Erster Präsident des Arbeitsgerichtshofes Mons

Frédéric Van Leeuw

Generalprokurator von Brüssel

Erwin Dericourt

Generalprokurator von Gent

Pierre Vanderheyden

Generalprokurator von Lüttich

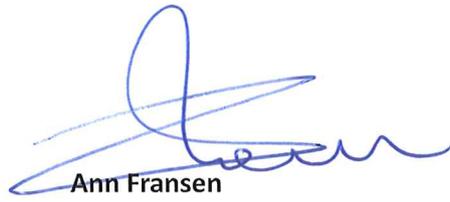
Guido Vermeiren

Generalprokurator von Antwerpen



Ingrid Godart

Generalprokurator von Mons



Ann Fransen

Föderalprokurator